

KPO & PoDI

PolitikDirekt in die Leopoldstadt

PoDi meint: Wir wollen ein besseres Leben!

**Löhne rauf,
Mieten runter!**



Mietwucher bekämpfen!

Die Mieten steigen nicht nur in der Leopoldstadt ins Unermessliche. Wir benennen die Ursachen und kämpfen für leistbares Wohnen!

Seite 6/7

Für eine solidarische Gesellschaft!

Wir stehen auch beim „PoDi-Cafe“ am VOLKSSTIMMEFEST gegen Privatisierung und Bankenhaftungen ein. Politikwechsel jetzt!

Seite 2/3/7

Für eine gerechtere Arbeitswelt!

GEGEN den 12 Stunden-Arbeitstag. FÜR Arbeitszeitverkürzung und eine wirkliche steuerliche Entlastung der Lohnarbeit!



Seite 4/5

Editorial

Wohnungsmarkt außer Rand und Band - die Politik spricht von Aufwertung!

PolDi beschäftigt sich diesmal mit der unerträglichen Situation für alle, die in unserem Bezirk auf Wohnungssuche sind (Seite 6 + 7).

Dazu kommen noch alle, die „dank“ der befristeten Mietverträge (erlaubt seit 1994) bei einer Vertragsverlängerung nach April 2014 erhebliche Mietsteigerungen in Kauf nehmen müssen.

Allein in unserem Bezirk kommt es in weiten Teilen neben den vor kurzem angehobenen Richtwerten von € 5,16/m² auf € 5,39/m² zur Erhöhung der Lagezuschläge um bis zu 70% - und das innerhalb von nur 2 Jahren. Auf der Praterstraße steigt z.B. der Lagezuschlag von € 0,94/m² auf € 1,56/m², das sind unglaubliche 66% mehr! Die Grundmiete ohne Betriebskosten beträgt dann € 6,95/m², das ist gegenüber 2012 eine Mietsteigerung von über einem Drittel!

Ursache: durch die Krise auf den Finanzmärkten kommt es zu einer verstärkten „Flucht“ des nach Profit herumirrenden Kapitals in den Immobilienmarkt, sehr bezeichnend „Betongold“ genannt. SPÖ/ÖVP/FPÖ/NEOS usw. aber auch DIE GRÜNEN nennen das „Aufwertung“. Es kümmert sie nicht, dass wegen der Wohnungsspekulation die alteingesessene Bevölkerung verdrängt wird.

12-Stunden-Arbeitstag? Ein Beispiel für die völlige Inkompetenz der Marktfetischisten bei der Krisenbewältigung. Nicht nur diese ungeheure Zumutung ist Klassenkampf pur. Dazu auf Seite 4+5 der Gewerkschaftliche Linksblock.

Die Post in der Engerthstraße ist nun still und leise geschlossen worden. Auch hier nur Stillschweigen von Seiten des Bezirks. Warum dies passiert auf Seite 3.

Positiv: das gute Abschneiden des Wahlbündnisses EUROPA ANDERS bei den EU-Wahlen (siehe rechts).

Auf zum diesjährigen Volksstimmefest (30./31.August), wieder mit unserem beliebten PolDi-Cafe (siehe Seite 7)!

Und: am 20.10.2014, 19h findet im Cafe Sperlhof unser nächster „**Roter Montag**“ statt. Thema: „1914/1939 – Kriegstreiberei ohne Ende“ (Seite 6).

Ihr KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
und das PolDi-Team.
e-mail: poldi@leopoldstadt.net



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
(Foto: Martin Juen)

Die EU-Wahl 2014 – Danke und ein Auftrag!

von Josef Iraschko

Das Wahlbündnis EUROPA ANDERS bekam in der Leopoldstadt 1.454 Stimmen. Das sind höchst erfreuliche 5,6% und würde im Bezirk, umgelegt auf die Wahlbeteiligung, 3 Mandate bringen! Damit könnte man schon für eine andere Politik im Bezirk sorgen. Allen unseren WählerInnen, aber auch allen die am Wahlkampf beteiligt waren, ein dickes Dankeschön!

Diese Stimmen verstehen wir für die Wahl 2015 in Wien als Auftrag: Soll/kann die Zusammenarbeit der KPÖ mit Piraten, Wandel und vielen Unabhängigen auch im Bezirk ausgebaut werden? Wie würde eine solche gemeinsame Politik überhaupt aussehen?

Umdenken ist erforderlich

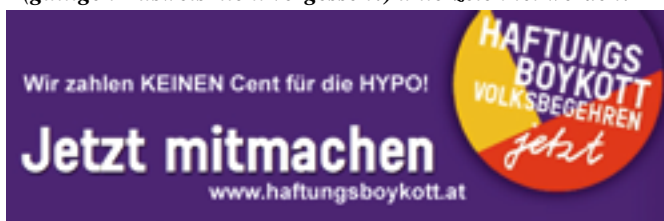
Gut wäre es, wenn wir uns über Grundlegendes verständigen könnten: unsere Art des Produzierens, Verteilens und Konsumierens, also das gesamte Wirtschaftssystem und seine uns prägenden Werte, wie Konkurrenz, Leistung, Wachstum, Eigentum etc. führen uns - ungehemmt - in die ökologische und soziale Katastrophe. Ohne Umdenken in Richtung solidarischer Gesellschaft (also Gemeinnutz statt Eigennutz) wird es nicht gehen.

Für eine sozial-ökologische Umorientierung

Eine Standortbestimmung: Es ist höchste Zeit, die zwingend notwendige Umorientierung von Wirtschaft und Politik hin zur Ökologie im Einklang mit sozialen, feministischen, basisdemokratischen und friedenspolitischen Zielen zu bringen.

Es muss also wesentlich mehr Rot in das zur Zeit äußerst blasse Rosa/Grün gebracht werden! So muss beispielsweise der private Verkehr konsequent zugunsten der Öffis zurückgedrängt werden. Wir wollen aus sozialen und energiepolitischen Gründen die kostenlose Energiegrundsicherung. Und wir setzen uns für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ein, unser Vorschlag für eine emanzipatorische Gesellschaft.

Übrigens: der Frechheit unserer Regierung, uns zum Schutz der Banken über das Budget die Sanierungskosten für die Hypo aufzubürden, sehen wir nicht tatenlos zu. Wir führen das Volksbegehren „Haftungsboykott“ weiter. Auf dem Volksstimmefest können Unterstützungserklärungen (gültigen Ausweis nicht vergessen!) unterzeichnet werden:



Postamt Engerthstraße 189-191 - Privatisiert und WEG!

von Patrick Kaiser

Gemeinsam haben wir gekämpft, nun wurde das Postamt doch geschlossen. Nicht einmal ein „Postpartner“ mit verringertem Angebot ist in Sicht. Damit wurde in einem weiteren Grätzel die Nahversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zerstört. Was bleibt: eine weit entfernte BAWAG/Post-Filiale, wo die Warteschlange nicht selten bis auf den Gehsteig reicht!

Um berechtigten Widerstand der Bevölkerung zu vermeiden, übersiedelte das wichtige Postamt 1024 ohne lange Vorankündigung in eine winzige BAWAG-Filiale in der Lassallestraße. Trotz mehr als 1.000 von PoDi gesammelten Unterschriften wütender BürgerInnen, einer lautstarken Demonstration und der dadurch erstrittenen BürgerInnenversammlung. Die Proteste haben gezeigt, dass uns der Erhalt dieses Postamtes wichtig ist!

Es geht um Profit

Die privatisierte Post ist hochprofitabel und schüttet Millionengewinne an AktionärInnen aus. Es wird mehr an Dividenden bezahlt, als überhaupt Gewinn da ist. D.h., die Post muss Leistungen abbauen, durch Zustellung nur mehr jeden zweiten Tag oder eben durch Postamts-schließungen. Die Nahversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ist egal, es zählt der Profit für wenige. Selbst die SPÖ-Bezirksvertretung freut sich: „Mehr Post für die Leopoldstadt!“. Wir fragen: Wo sind die Verbesserungen?

Privatisierung bringt allen was... Schlechtes

Das Vorgehen der Post AG ist nur ein Symptom für etwas, das überall passiert. Öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert und/oder ausgelagert mit dem Argument: Privat kann dies viel besser. Ja, und zwar daran verdienen, und dann schließen. Die Lebensqualität der Bevölkerung sinkt, und die Beschäftigten in den verscherbelten öffentlichen Betrieben werden bis aufs Blut ausgepresst oder gleich entlassen.

Wie krank ist ein System, in dem ein Unternehmen riesige Gewinne macht, aber Leistungen einspart? Wieso soll

„privat“ besser sein, wenn die Bevölkerung darunter leidet? Wieso werden öffentliche Dienstleistungen privatisiert, die Gewinne bringen und gleichzeitig Banken verstaatlicht, die Milliardenverluste machen (Hypo-Alpe-Adria)? Wieso gehören die Gewinne den Reichen und Verluste der Bevölkerung?

Investoren warten nur darauf, weitere öffentliche Dienstleistungen an sich zu reißen: Trinkwasser, Gesundheitsdienste, Schulen,... Selbst die angeblich soziale SPÖ tritt für Privatisierungen ein. Wir sagen NEIN!

PoDi meint - GEMEINSAM kämpfen für:

- Entprivatisierung der Post AG
- Keinen weiteren Ausverkauf öffentlicher Leistungen
- Öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind nicht für Profite da, sondern für uns ALLE!



Warteschlange vorm „Postpartner“ in der Lassallestraße

Gegen Rassismus und Ignoranz – für Respekt und Zivilcourage!

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleich viel Wert ist und die selben politischen, sozialen und kulturellen Rechte besitzt. Wir sind gegen die Spaltung der Gesellschaft in In- und AusländerInnen. Wir feiern gemeinsam: Musik, Diskussion, Kultur und Solidarität.



www.rassismusfreiezone.at

6. AKTIONSTAG
im Rahmen der
Rassismusfreien ZoneN

Freitag, 26. September 2014, 15 bis 20 Uhr
1020 Wien, Praterstern 5, vor dem FLUC

Ohne Umverteilung geht's nicht!

Die Vermögen steigen seit Jahren rasant. Hingegen stagnieren durch geringe Kollektivvertrag-Abschlüsse und hohe Lohnsteuerbelastung die Realeinkommen der Lohnabhängigen.

Höchste Zeit für eine Entlastung, auch um durch höhere Kaufkraft die Wirtschaft zu beleben. Man ist sich zwar einig über die Senkung des hohen Eingangssteuersatzes, kontrovers sind die Meinungen zu Zeitpunkt und Finanzierung der Reform. Erfolgt diese ohne Gegenfinanzierung, erhöht das die Staatsschulden. Manche möchten Begünstigungen, etwa den 13./14. Bezug, streichen: Die Lohnabhängigen



müssten sich so die Entlastung selber finanzieren. Herr Leitl (Wirtschaftskammer-Präsident)&Konsorten poltern gegen neue Steuern und wollen die Reform ausgabenseitig finanzieren. Sie sagen aber nicht, welche Auswirkungen diese Einschnitte auf Pensionen, Gesundheit, Bildung, Verwaltung etc. hätten.



Steuerpolitik ist Verteilungspolitik und damit Klassenkampf.

Aktuell zahlen die Lohnabhängigen mit der Lohnsteuer und Mehrwertsteuer den Löwenanteil. Daher spricht alles dafür, eine Steuerreform durch Umverteilung, sprich höhere Steuern auf Millionenvermögen und Profite, zu finanzieren.

In Österreich gibt es bereits 83.200 Millionär_innen mit einem Vermögen von 262 Mrd. Euro. Laut trend-Report ist das

Vermögen der 100 reichsten Österreicher_innen 2014 gegenüber 2013 um satte 7,5 Prozent auf 148 Milliarden Euro gewachsen. **Das Geld ist also da!**

Sollte die aktuelle ÖGB-Steuerkampagne mehr sein als ein parteipolitisches Dampfablassen mit einem faulen Kompromiss, wird es also darauf ankommen, den nötigen politischen Druck für eine Umverteilung zu erzeugen. *Leo Furtlehner KPÖ-Landessprecher OÖ*

Solidarität statt Spaltung der ArbeiterInnenklasse!

Die Einwanderung aus der Türkei erreichte dieses Jahr den 50. Jahrestag.

Seitens der Politik wurde dieses Ereignis still und mit einer „Scheinversammlung“ begangen, ohne auf die bestehenden Probleme einzugehen, deren Lösungen längst fällig sind. Denn seit Beginn der „Gastarbeitermigration“ werden türkischstämmige ArbeitnehmerInnen als billige Arbeitskräfte und Konkurrenzmittel vom Kapital ausgebeutet. Dies hat zur Folge, dass sich auch die Arbeitsbedingungen der einheimischen Arbeitskräfte permanent verschlechtern.



Migrantische ArbeitnehmerInnen werden auch nach 50 Jahren nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft angesehen, ihnen werden Grundrechte (wie z.B. das Wahlrecht) vorenthalten. Auch sind sie nicht selten auf Grund ihrer kulturellen Unterschiede mit Alltagsrassismus konfrontiert. Zu diesem miserablen Bild trägt auch die türkische Republik mit ihrer Spaltungspolitik einen wesentlichen Teil bei.

In den Reden anlässlich des 50. Jubiläums der Gastarbeiter aus der Türkei wurde über die schlechten Chancen der türkischstämmigen ArbeiterInnen auf dem Arbeitsmarkt geschwiegen.

Zudem steigt die Anzahl jener, welche zur Leiharbeit mit unsicheren Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnjob-Bereich gezwungen werden. Dieselbe Problematik auf dem Arbeitsmarkt betrifft auch die 2. Generation. Hierzu kommen Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund, von denen ein beträchtlicher Teil über keine abgeschlossene Ausbildung verfügt, da die erste Hürde bereits die Lehrstellensuche darstellt.

Laut Studien leben 49% der Türkischstämmigen in Österreich unter der Armutsgrenze. An dieser Stelle über die Integrationsproblematik zu sprechen und dabei existenzielle Probleme außer Acht zu lassen, sehen wir als Heuchelei.

Von den intensiven Angriffen auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren war auch die große Mehrheit der ArbeiterInnen aus der Türkei stark betroffen. Parallel zu der Wirtschaftspolitik gab es auch schärfere Maßnahmen in der Einwanderungspolitik. So haben Menschen mit geringem Einkommen kaum die Möglichkeit, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Die bisher geschilderte Situation ernst zu nehmen und für ein solidarisches Zusammenleben zu kämpfen, ist für fortschrittliche GewerkschafterInnen eine wesentliche Aufgabe im Sinne der ArbeiterInnenbewegung.

*Osman Çakirca
DİF Vorstandsmitglied*



162. AK-Vollversammlung Wien: Nein zum 12 Stunden-Arbeitstag!

**Angelobung des AK-Rates Robert Hobek,
nach seiner Wiederwahl**

Am 8.5. 2014 fand die 162. AK-Vollversammlung, bei der auch die Arbeiterkammerrätinnen des GLB, Robert Hobek und Eva Harrer, angelobt wurden. Hobek betont in seiner Antrittsrede die Wichtigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und fordert Gerechtigkeit bei Ausbildung, Wohnen und anderen wichtigen Punkten. Deutlich macht er darauf aufmerksam, dass



Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB

„leistbares Wohnen“ und „faire Ausbildung“ nicht nur Wahlkampflogans sein dürfen, sondern endlich in die Tat umgesetzt werden müssen!

**1.000 Unterschriften gegen den
12 Stunden-Tag übergeben**

Die Aktivist_innen des Aktionsbündnisses sind ein Zusammenschluss aus linken gewerkschaftlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen. Die beiden AK-Rät_Innen Selma Schacht (KOMintern) und Robert Hobek (GLB)



www.aktionsbuenndnis.at

übergaben die ersten 1.000 Unterschriften an die Vorsitzenden der Arbeiterkammer Wien. Diese Unterschriften wurden innerhalb einer Woche, beginnend mit 1. Mai 2014, bundesweit gesammelt. Wir sammeln weiter!

Gewerkschaft und AK betonen zwar ständig, dass es beim 12 Stunden-Arbeitstag um ein „Gesamtpaket“ gehe. Eine Verlängerung der täglichen Maximalarbeitszeit kann angeblich nur im Tausch für einen leichteren Zugang zur 6. Urlaubswoche und Beschränkungen bei All-In-Verträgen kommen. Zur Klarstellung: die 6. Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren betrifft nur wenige, während ein **12 Stunden-Tag eine massive Verschlechterung für alle** bedeutet!

*Hackeln bis zum Umfallen?
Sicher NICHT!*

Weitere Ziele

Das Ziel des Bündnisses ist klar: die Lösung für die höchste Arbeitslosigkeit seit Ende des 2. Weltkrieges kann nicht die Erhöhung der Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden sein. Hier muss endlich ein Umdenken stattfinden! **Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit!** Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Forderung nach einem Mindestlohn von €10,00/Stunde. Gerade bei Arbeitnehmer_innen mit niedrigem Einkommen kam es in den letzten Jahren zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebenssituation. Hier muss endlich Widerstand geleistet werden und dringend notwendige Verbesserungen müssen geschaffen werden!

Dagmar Schindler
GLB & KPÖ-Landessprecherin Burgenland

GLB am Volksstimmefest – Programm:

Samstag, 30. August:

- 13:30 - 14:30 Schulband der Theodor Kramer-Schule
- 14:30 - 16:00 Polit-Songcontest
- 16:00 - 17:00 Diskussion 12 Stunden-Tag
- 17:00 - 18:30 Chris Peterka www.chris4erpeterka.com
- 18:30 - 20:00 Toni und Sven www.toniundsven.at
- 20:00 - 22:00 Bacioitaliano mit Sandro

Sonntag, 31. August:

- 10:30 - 13:45 Tschechische Blaskapelle Dubnanka
- 14:00 - 15:00 Edi Kadlez und die feinen Herren
- 15:00 - 16:30 Toni und Sven feat. Sharolta toniundsven.at
- 16:30 - 17:30 Laura Rafetseder www.laurarafetseder.com
- 17:30 - 18:30 Geschichten im Ernst
- 18:30 - 19:30 Julia Swiess
- 19:30 - 20:30 Hottensia and Mashariki Band - African Music

Beachvolleyball:

Der Gewerkschaftliche Linksblock hat für beide Festtage Turniere organisiert. Am Samstag (12 - 18 Uhr) werden Burschen- und am Sonntag (11 - 18 Uhr) Mädchen-Teams Beachvolleyball auf hohem Niveau zeigen.

Die Banken verdienen an unseren Mieten!

von Doris Schlager

In Wien baut sich eine Immobilienblase auf, mit der sich die Banken sanieren wollen. MieterInnen und KäuferInnen von Vorsorgewohnungen zahlen dafür!

Alleine die Lagezuschläge zum Richtwertmietzins stiegen für Altbauwohnungen teilweise um mehr als 60 % (siehe Editorial auf Seite 2). Die Nationalbank hält in einer Studie die Wiener Liegenschaften für weit überbewertet. Der meist künstlich in die Höhe getriebene Wert einer Liegenschaft ist aber die Grundlage für den Lagezuschlag zum Richtwert – ein Teufelskreis. Die sogenannten „Investoren“ am Wohnungsmarkt spekulieren mit den Wohnungen und Häusern, indem sie sehr viel Geld in Werbung für die dann als „aufstrebend“ bezeichneten Stadtviertel (siehe Lagezuschlagskarte) investieren.

hang der Name der Bank Raiffeisen.

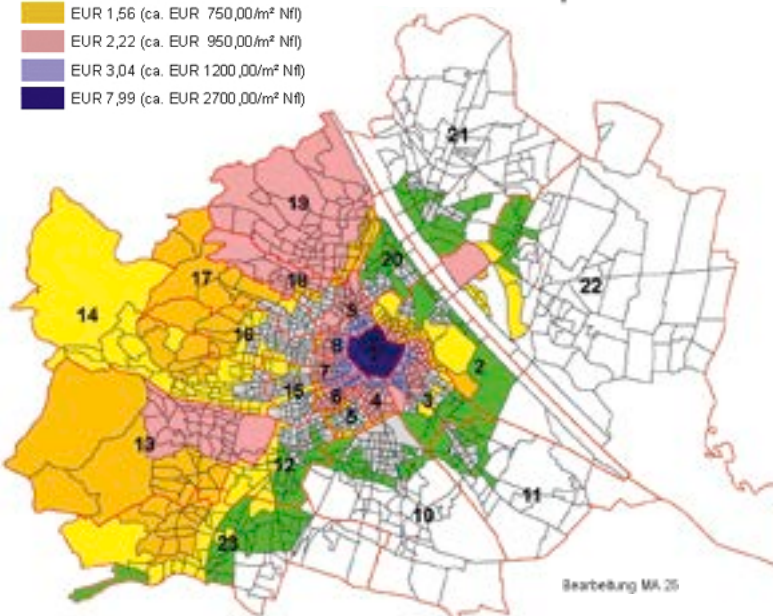
Zudem besteht ein bewusst erzeugter eklatanter **Mangel an Information** bei MieterInnen und KäuferInnen über EigentümerInnen-Pflichten, wie z.B. dass das Ausmalen generell eine VermieterInnen-Pflicht ist und nicht auf die MieterInnen umgewälzt werden darf. Oft übernehmen aus Unwissenheit die MieterInnen diese Kosten!

Die kreditfinanzierten überbeuerten Vorsorgewohnungen werden für die KäuferInnen zur Schuldenfalle, die MieterInnen können sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten. Banken verdienen gleich doppelt: durch die Wohnungsspekulation und die Kredite.

Lagezuschlag (Grundkostenanteil)

EUR 0,00 (Durchschnittslage gem §3Abs2 RWG, EUR)
EUR 0,00 (ca. EUR 278,00/m ² NfI)
EUR 0,40 (ca. EUR 400,00/m ² NfI)
EUR 0,90 (ca. EUR 550,00/m ² NfI)
EUR 1,56 (ca. EUR 750,00/m ² NfI)
EUR 2,22 (ca. EUR 950,00/m ² NfI)
EUR 3,04 (ca. EUR 1200,00/m ² NfI)
EUR 7,99 (ca. EUR 2700,00/m ² NfI)

Lagezuschläge in Wien ab 1. April 2014



Reiche KäuferInnen (auch von Vorsorgewohnungen) sollen angelockt werden. Diese künstliche Werterhöhung führt direkt zu höheren Mieten, die die Wohnungen meist gar nicht wert sind. Eine Immobilienblase baut sich auf.

Raiffeisen & Co. cashen ab

Immobilienfonds gehören Banken/Versicherungen und sie behalten die Immobilien nur kurzfristig, um schnelle Preissteigerungen zu erwirken. Oft fällt in diesem Zusammen-

Die Profiteure sollen zahlen!

Wir fordern die Abschaffung der Lagezuschläge! Bis dahin sollen diese „dank“ des Richtwertgesetzes und auf Grund spekulativer Investitionen unberechtigt hohen Aufschläge zur Gänze zweckgebunden für die Beseitigung des Hypo-Alpe-Adria-Desasters verwendet werden.

Poldi meint: Die Verantwortlichen und die Profiteure sollen zahlen, nicht wir alle!

Mühlfeldgasse 12 unter großem Polizeieinsatz geräumt!

von Josef Iraschko

Drei Feststellungen:

1. Die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes

1700 PolizistInnen standen 19 BewohnerInnen gegenüber. Es gibt für dieses auffallende Missverhältnis nur eine mögliche Interpretation: die Räumung war ein willkommener Anlass für ein Polizeimanöver. Die Polizei- und Politikführung dieser Stadt bereiten sich offensichtlich auf zukünftige größere sozialpolitisch motivierte Massenproteste und deren Zerschlagung vor.

2. Die Feigheit der Bezirks- und RathauspolitikerInnen

Eine moderne Stadt wie Wien muss andere Lebens- und Wohnformen aushalten. Hätte die Stadt das Haus gekauft, hätte man eine neue Art des Zusammenlebens proben können. Aber dazu war man einfach politisch zu feige und tauchte lieber unter.

3. Wohnungsspekulation gehört endlich ins Strafgesetzbuch!

Thema: Erster und Zweiter Weltkrieg

1914/1939 - Kriegstreiberei ohne Ende

Informations- und Diskussionsabend u.a. mit Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann (Alfred Klahr Gesellschaft)

im Cafe Sperlhof, Große Sperlgassee 41
20. Oktober, ab 19h



Niedrigere Miete statt Profite im Altbau!

von Katrin Kubetschka und Patrick Kaiser

Ihr Gründerzeit-Wohnhaus wird seit Jahren umgebaut, die Miete steigt? Sie denken: Der/die böse VermieterIn ist schuld? Was wie ein Einzelfall aussieht, ist langerprobte Praxis und liegt am System. Mit dem Ergebnis, dass ganze Stadtviertel zu unleistbaren Wohngebieten werden.

Der private Wohnungsmarkt im Altbau, auf den fast ein Drittel der WienerInnen angewiesen ist, dient nicht dazu, guten Wohnraum bereit zu stellen. Er soll Profit für die EigentümerInnen bringen. Ziel ist, möglichst finanzstarke MieterInnen zu finden. Günstige Altbaumietverträge stehen im Weg, die AltmietterInnen sollen weg. Wie wird das erreicht?

Es beginnt mit Druck

Das Wohnhaus wird über Jahre renoviert, allerdings ohne Verbesserungen für die bestehenden MieterInnen zu bringen. Hauptsächlich wird die Fassade renoviert und teure Dachaufbauten sollen reiche InteressentInnen anlocken (was oft nicht gelingt - sie stehen leer). Für die bestehenden MieterInnen bedeuten diese Maßnahmen unzumutbare Wohnbedingungen, wie massive Lärm- und Staubbelastung, jahrelang eingerüstete Fassaden, nicht funktionierende Gemeinschaftsanlagen wie Lifte, verwüstete Vorgärten oder Innenhöfe usw. Dies erhöht den Druck auf die AltmietterInnen, ihren günstigen Mietvertrag aufzugeben und auszuziehen.

„Aufwertung“

Die leer werdenden Wohnungen werden auch luxusrenoviert und/oder zusammengelegt und damit extrem teuer. Schließlich müssen die verbleibenden MieterInnen die Renovierung zu ihrem Nachteil mitzahlen. Auch ihre Mieten steigen in unleistbare Höhen, weitere Auszüge sind die Folge.

Das Ergebnis: ganze Stadtviertel wie das Stuwerviertel (mit einem sehr hohen Anteil an privaten Wohnhäusern) werden für finanzschwächere Menschen unleistbar. Ein kompletter Austausch der Bevölkerung findet statt. Jahrzehntlang gewachsene Gemeinschaftsstrukturen werden zerstört.

Es ist ein weltweites Problem, das auch in Wien angekommen ist. Ursache ist die marktwirtschaftliche Verwertung des Wohnens. Der Fachbegriff dafür ist „Gentrifizierung“.

PoDi meint und fordert:

- Keine Profite mit der Miete!
- Der private Wohnungsmarkt gehört reguliert. AltbaumieterInnen dürfen nicht allein gelassen werden.
- Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus.



Komm vorbei beim „PoDi-Cafe“ am Volksstimmefest!

Wir bieten Fair-Trade Kaffee, selbstgemachten Kuchen, Aufstrichbrötchen, Wein und angenehme Unterhaltung! Die beste Möglichkeit uns näher kennen zu lernen. Und um vielleicht Lust zu bekommen, für eine WIRKLICH soziale, solidarische und ökologische Leopoldstadt mitzukämpfen!



Wir sorgen nicht nur für dein leibliches Wohl, sondern sind immer offen für Diskussionen, Ideen und Anregungen. **Gemeinsam für eine solidarische Leopoldstadt! SEI DABEI!**

Mietrechtsberatung:

Mietrechtsexperte Josef Iraschko
am Sa&So von 16-18 h im PoDi-Cafe



Im „Zentrum Donau“ am VOLKSSTIMMEFEST
Sa&So 30. – 31.8.14, Jesuitenwiese im Prater

PoDi meint: ELGA abmelden!

Wir empfehlen immer noch jeder/m BürgerIn, sich vorläufig von der elektronischen Patientenakte abzumelden.

Wie und warum: poldi.leopoldstadt.net/plarticle507.html

Termine & Aktionen

JEWELNS MONTAG, 15.9. 20.10. UND 17.11.14 UM 18:30

Treffen von PoDi & KPÖ Leopoldstadt

Wir treffen uns einmal im Monat, um aktuelle Themen und Vorhaben zu diskutieren. Mach mit, sei dabei!

JEDEN 2. DO. IM MONAT, 14-16H

Beratung zu Pensionen, Pflege usw.

Der Zentralverband der PensionistInnen Österreichs (ZPVÖ) bietet ein Mal im Monat eine Beratung an.

Nächste Termine: 11.9., 9.10., 13.11.14

KONSTENLOSE MIETERINNENBERATUNG

MieterInnenberatung im MSZ der KPÖ

Mietrechtsexperte Josef Iraschko hilft kostenlos bei Problemen mit VermieterInnen und gibt Auskunft zum Mietrecht. Terminvereinbarung: 01/480 88 33

oder E-Mail: mieterselbsthilfe.kpoe@sichelschmiede.at

Alles in der Sichelschmiede im „Werkl im Goethehof“, Schüttaustrasse 1, 1220 Wien. Kulturbetrieb:

WERKL IM GOETHEHOF

Selbstverwaltete kulturelle Freiräume

Goethehof, Schüttaustrasse 1, 1220 Wien

Programm & Infos unter www.werkl.org



MO., 20. OKTOBER AB 19H

Roter Montag: „1914-1939: Kriegstreiberei ohne Ende“. Info auf Seite 6.

Cafe Sperlhof, 1020, Große Sperlgasse 41

Rassismusfreie Zonen

FR., 26. SEPTEMBER 15-19H

6. Aktionstag gegen Rassismus im Rahmen der „Rassismusfreien Zone“

Vor dem FLUC am Prasterstern, Info Seite 3.

Mehr Informationen zur Aktionswoche gegen

Rassismus bald unter www.rassismusfreiezone.at

AUSSERDEM TRIFFST DU UNS:

Immer wieder auf der Strasse im zweiten Hieb

Wir versuchen, so oft wie möglich auf der Straße zu informieren und zu plaudern! Wir (PoDi) und unser Bezirksrat Josef Iraschko sind erreichbar unter:

poldi@leopoldstadt.net bzw. Tel.: 01/480 88 33



PolitikDirekt in die Leopoldstadt
www.poldi.leopoldstadt.net

Falls hier keine Adresse klebt:
**Zugestellt unentgeltlich durch
PoDi-AktivistInnen aus deiner Umgebung!**
E-Mail: poldi@leopoldstadt.net



Besuch uns beim:



im Solidorf – „Zentrum Donau“ am Volksstimmefest!

Ja, ich will PoDi!

Bitte ankreuzen:

- Schickt mir die PoDi-Zeitung gratis zu
- Nehmt mich in euren e-mail Verteiler auf
- Ich möchte ein Volksstimmefest-Probexemplar
- Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!



Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

e-mail: _____

Tel.: _____

Abschnitt einsenden an KPÖ Leopoldstadt/PoDi,
c/o Josef Iraschko, Nestroyplatz 1/20a, 1020 Wien oder
Rückmeldung per e-mail an: poldi@leopoldstadt.net